



# MEDIENINFORMATION

## Bevölkerung über Unterkunft im alten Zeughaus informiert

***Das Innere des ehemaligen Zeughauses in Oberdorf wird aktuell zu einer temporären Unterkunft für Schutzsuchende umgebaut. Der Kanton und die Gemeinde Oberdorf luden gestern Abend zu einer Informationsveranstaltung ein. Die 90 Teilnehmenden erfuhren aus erster Hand mehr über die Beweggründe und den konkreten Nutzen.***

Die Lage im Asyl- und Flüchtlingswesen ist angespannt. Die Bundesasylzentren sind ausgelastet und es wird in den nächsten Wochen und Monaten mit weiteren schutzsuchenden Personen gerechnet, die in Europa und damit auch in der Schweiz Zuflucht suchen. Dem Kanton Nidwalden sind seit Kriegsausbruch in der Ukraine bisher 354 Schutzsuchende aus den Bundesasylzentren zugewiesen worden. Aktuell sind noch 297 von ihnen in eigenen oder zugemieteten Unterkünften des Kantons oder bei Gastfamilien untergebracht. Die restlichen Schutzsuchenden aus der Ukraine haben entweder einen Kantons- oder Landeswechsel vollzogen oder sind in ihre Heimat zurückgekehrt.

Auf Basis der Prognosen des Bundes zur weiteren Entwicklung der Flüchtlingszahlen ist der Kanton Nidwalden laufend daran, das Angebot an Plätzen für Schutzsuchende auszubauen. Dabei kann er auch auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden zählen, so wie dies aktuell in Oberdorf der Fall ist. Dort wird das alte Zeughaus in eine temporäre Unterkunft umgebaut. Die Arbeiten sind in vollem Gange, der Bezug der Unterkunft ist für 1. Februar 2023 vorgesehen. Je nach Belegung der Zimmer auf den vier Stockwerken können bis zu 80 zusätzliche Plätze geschaffen werden. In die Unterkunft integriert sind Gemeinschaftsräume, eine Küche und sanitäre Anlagen, so dass die Schutzsuchenden einen möglichst autonomen Alltag führen können. Für den Ausbau und die Ausstattung wird mit Kosten in der Höhe von 945'000 Franken gerechnet.

### **Die Integration funktioniert insgesamt gut**

An einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Aula Schulhaus Oberdorf liessen sich gestern Montagabend 90 Personen aus erster Hand über die Lage im Asyl- und Flüchtlingswesen, über Details zur Unterkunft im alten Zeughaus und über die Auswirkungen auf das Zusammenleben informieren. Der Nidwaldner

Gesundheits- und Sozialdirektor Peter Truttmann betont, dass «Schutzsuchende aus der Ukraine dankbar sind für die Solidarität, die sie hier erfahren. Die meisten sind von Anfang an bestrebt, für sich selbst zu sorgen und sich in der Gesellschaft zu integrieren.» Dabei darf nicht vergessen werden, dass es sich bei den Schutzsuchenden um in Not geratene Personen aus dem Kriegsgebiet handelt. «Aufgrund von Rückmeldungen von Schutzsuchenden, aber auch von der heimischen Bevölkerung können wir bisher eine positive Bilanz ziehen», so Peter Truttmann weiter. Das Zusammenleben funktioniert und die Integrationsbemühungen – auch wenn die meisten wieder zurückkehren werden, sobald es die Situation in ihrer Heimat zulässt – sind deutlich erkennbar.

Für die temporäre Umnutzung des Zeughauses ist eine Bewilligung der Gemeinde Oberdorf erforderlich gewesen. Gemeindepräsidentin Judith Odermatt-Fallegger sagt, «wir haben seit der ersten Anfrage des Kantons im Zusammenhang mit diesem Projekt einen regen Austausch. Wir sind der Ansicht, dass die Unterbringung von Schutzsuchenden eine Gemeinschaftsaufgabe von uns allen ist. Deshalb haben wir gerne Hand geboten für Lösungen.» Die Teilnehmenden des Infoanlasses erfuhren zudem, dass die Bewilligung für die Umnutzung des Zeughauses maximal drei Jahre gültig ist. Da es sich um ein historisch wertvolles Gebäude handelt, hat sich der Kanton dazu verpflichtet, sämtliche Ausbauten so zu realisieren, dass beim Rückbau der Ursprungszustand wieder komplett hergestellt werden kann.

Wie viele Schutzsuchende jemals im ehemaligen Zeughaus untergebracht werden, kann zum jetzigen Zeitpunkt und aufgrund der volatilen Lage im Kriegsgebiet nicht verlässlich vorausgesagt werden. «Doch wenn das ungünstigste Szenario mit weiteren Hunderten zugewiesenen Schutzsuchenden im Verlauf des nächsten Jahres eintrifft, müssen wir gewappnet sein», hält Regierungsrat Peter Truttmann vor Augen. Deshalb sondiert der Kanton weiterhin nach zusätzlichen Unterkünften sowie Flächen, die für eine modulare Kollektivunterkunft für Schutzsuchende in Frage kommen könnten.

### **RÜCKFRAGEN**

Peter Truttmann, Gesundheits- und Sozialdirektor, Telefon +41 41 618 76 00, erreichbar am Dienstag, 22. November, von 13.00 bis 13.30 Uhr.

Stans, 22. November 2022